



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 23. Juli 1910.

Die Rede des englischen Premierministers und die öffentliche Meinung in Deutschland — Die Türkei und der Dreibund — Die badischen „Genossen“.

Die bekante Rede des englischen Premierministers Asquith hat ein eigenümliches Nachspiel gehabt, über das man wohl nicht hinweggehen darf. Um die Sachlage klar zu machen, möchten wir zunächst zwei Sätze aus dem „Berliner Tageblatt“ anführen, die in dieser Zeitung die darauffolgenden Mitteilungen einleiten. Da heißt es nämlich: „Wie erinnerlich, hat der englische Premierminister Asquith neulich in seiner großen Rede über die Flottenvermehrung erklärt, die deutsche Regierung habe eine Verständigung über die Flottenbauten mit der Begründung abgelehnt, daß die öffentliche Meinung in Deutschland solche Verhandlungen nicht wünsche. Diese zarte Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung ist viel erörtert worden, und es ist, besonders in der liberalen Presse Deutschlands, Herrn v. Bethmann Hollweg das Recht bestritten worden, diese öffentliche Meinung gegen die Flottenverständigung auszuspielen.“ Diese Sätze des „Berliner Tageblattes“ leiten, wie erwähnt, eine Besprechung ein, die sich auf einen eigentümlichen Schritt der Londoner „Daily Mail“ bezieht. Dieses Blatt hat nämlich durch seinen Berliner Korrespondenten „die öffentliche Meinung Deutschlands“ direkt zu ergründen gesucht, und zwar in der Form einer Umfrage bei einer großen Zahl von Zeitungen im Reich. Schon diese Tatsache weckt Betrachtungen sehr eigener Art. Man stelle sich einmal vor, ein Deutscher wende sich an die oppositionellen Blätter der englischen Provinzpresse, um von ihnen in einer internationalen Streitfrage zwischen Deutschland und England eine Antwort zu erhalten, mit der er womöglich die öffentliche Meinung Englands gegen einen englischen Minister ausspielen und diesen Lügen strafen könne. Der Gedanke ist eigentlich gar nicht auszudenken, denn er würde mit einer ungeheuren Blamage des Fragestellers enden. Leider ist bei uns das nationale Selbstbewußtsein und der internationale Takt nicht in dem Maße entwickelt, daß ein genügendes Gegengewicht vorhanden wäre gegen den Rißel, in einer so wichtigen Frage direkt vom Ausland um seine Meinung gefragt zu werden, gewissermaßen selbst in einer internationalen Entscheidung mitzuwirken und so ein Zeugnis für das Gewicht dieser Meinung zu erhalten. Dazu kommt noch, daß viele dieser Zeitungen — nicht alle, denn es sind auch große und angesehenere darunter — schon in der Art der Fragestellung eine Gelegenheit sehen, Anschauungen jener Kreise zum Ausdruck zu bringen, deren politischer Horizont über das Schelten auf den Steuerdruck und über die Befriedigung des allgemeinen Ruhebedürfnisses nicht hinausgeht. Wir werden freilich sogleich sehen, wie wenig eigentlich von dem Ergebnis dieser eigentümlichen Mundfrage übrig bleibt. Zunächst ist nur die Tatsache festzustellen, daß ein großer Teil der Presse in einer wichtigen Machtfrage des Deutschen Reichs dem Auslande hilfreiche Hand geleistet hat, um den Eindruck zu erwecken, als befände sich die deutsche Regierung im Zwiespalt mit der öffentlichen Meinung ihres Volks, als wolle das deutsche Volk seine Regierung in der Flottenfrage desavouieren.

Sehen wir uns nun einmal die Sache näher an. Asquith soll behauptet haben, die deutsche Regierung habe sich ihm gegenüber darauf berufen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland gegen eine Verständigung mit England über die Flottenbauten sei. Hat nun Asquith das wirklich gesagt? Man kann in solchen Dingen nicht mißtrauisch genug sein. Deshalb möchten wir die Stellen

der Rede des englischen Premierministers, die allein in Betracht kommen können, in wortgetreuer Übersetzung hier wiedergeben. Asquith führte also aus:

„Sie können sagen: ‚Ist es denn nicht möglich, zu irgendeiner Art von Abkommen zwischen den Nationen der Welt zu gelangen, besonders zwischen uns und dem großen befreundeten Deutschen Reich, wodurch diese Angelegenheit zu einem Abschluß gebracht werden könnte?‘ Ich wollte, es wäre so. Die deutsche Regierung hat uns gesagt — ich kann mich darüber nicht beklagen; und ich habe keine Antwort darauf zu geben —, daß ihre Handlungsweise in dieser Angelegenheit geleitet wird durch einen Akt des Reichstags, unter dessen Wirkung das Programm Jahr für Jahr fortschreitet.“ Asquith führte dies in einigen Sätzen näher aus, wobei er die richtige Bemerkung hinzufügte, daß wir jetzt wohl auf der Höhe der Wellenbewegung seien („at the very top of the wave“). Er fuhr fort: „Wenn es eben jetzt möglich wäre, durch ein Abkommen jene Vaurate herabzusetzen, so würde niemand mehr erfreut sein als Seiner Majestät Regierung . . . Wir sind deswegen an die deutsche Regierung herangetreten. Sie haben sich außerstande gesehen, etwas zu tun; sie können es nicht ohne einen Akt der Volksvertretung, der das Flottengesetz abändert. Sie sagen uns, und zweifellos vollkommen richtig, sie würden zu einer Abänderung des Programms nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland erhalten.“

Asquith hat also kein Wort davon gesagt, daß die deutsche Regierung die öffentliche Meinung Deutschlands als Gegnerin einer Verständigung mit England hingestellt habe. Nach seiner Darstellung hat ihm die deutsche Regierung erklärt: Das, was ihr wünscht, können wir nur machen, wenn das Flottengesetz abgeändert wird, und eine solche Änderung werden wir vor der öffentlichen Meinung nicht rechtfertigen können. Das ist etwas ganz andres. Davon, daß die öffentliche Meinung in Deutschland nichts von einer freundschaftlichen Verständigung mit England wissen wolle, ist gar nicht die Rede gewesen. Das ist erst durch ein Quid pro quo hineingekommen, das die Fragestellung der „Daily Mail“ verursacht hat. Diese Fragestellung hätte korrekterweise lauten müssen: „Wünscht nach Ihrer Ansicht die öffentliche Meinung Deutschlands die Abänderung des in der Ausführung begriffenen Flottengesetzes zugunsten der Wünsche Englands und zur Beseitigung seiner Befürchtungen?“ Das wäre die einzige Frage gewesen, durch die eine Kontrolle für die Berechtigung der Stellung der deutschen Regierung möglich geworden wäre. Aber ob dann die Antworten ebenso befriedigend für die englische Auffassung gelautet hätten? Wir möchten es stark bezweifeln. Das „Berliner Tageblatt“, das ganz entzückt darüber ist, daß die fortschrittliche Provinzpresse und die sogenannte Generalanzeigerpresse — denn um diese Blätter, die angeblich die deutsche öffentliche Meinung schlecht hin repräsentieren sollen, handelt es sich in der Hauptsache — ihrer Regierung in einem ausländischen Blatte in den Rücken gefallen sind, schiebt der ersten Mitteilung über die Umfrage der „Daily Mail“ alsbald einen Leitartikel hinterher, der beinahe so aussieht, als sollte er die Entgleisung wieder in Ordnung bringen. Statt freilich die Rede Asquiths selbst nachzulesen und zu prüfen, stellt das Blatt Vermutungen darüber an, was wohl die deutsche Regierung gesagt haben könne; es könne wohl nicht so schlimm gewesen sein, sonst hätte wohl Asquith nicht so freundschaftlich gesprochen. Die deutsche Regierung solle doch eine Erklärung darüber abgeben. Sehr würdig sei eine solche Situation für ein großes Volk gewiß nicht. Wie man sieht, wird der Spieß hier elegant umgedreht. Aber die Hauptsache ist, daß es weiter heißt: „Wir halten es allerdings für schwierig, das bestehende Flottengesetz zu modifizieren. Es hat ohnehin seinen Höhepunkt erreicht,

und die nächsten sieben Jahre werden den „Gipfel der Welle“ allmählich verebben lassen.“ Prüfen wir den Inhalt dieser beiden Sätze genauer, so finden wir, daß es eben das ist, was die deutsche Regierung der englischen erklärt hat, was Asquith, wie aus dem Wortlaut seiner Rede klar hervorgeht, selbst vollkommen eingesehen und seinen Landsleuten übermittelt hat. Wozu nun also der Lärm? Anscheinend um den Rückzug zu maskieren, stellt allerdings das „Berliner Tageblatt“ zum Schluß mit vieler Feyerlichkeit und Emphase fest: „Die öffentliche Meinung in Deutschland will eine Verständigung mit England.“ Das nennt man offene Türen einrennen. Denn das hat kein verständiger Mensch bestritten, und es ist ein starkes Stück, ohne Prüfung der Beweise und Unterlagen zu behaupten, daß die deutsche Regierung keine Verständigung mit England wolle. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß, was England von uns bisher als Preis dieser Verständigung gefordert und erwartet hat, sich mit unsern Interessen und unserer Würde nicht verträgt. Daß diese gewahrt werden müssen, hält auch das „Berliner Tageblatt“ für selbstverständlich, so daß es nach seiner Ansicht „auch nicht mehr als deutsche Gründlichkeit ist, wenn einzelne der von der „Daily Mail“ befragten Blätter allerlei Einschränkungen und Vorbehalte machen“. Es gehört viel Unkenntnis dazu, um nicht zu sehen, daß in dem, was das mehrfach genannte Blatt als selbstverständlich beiseite schiebt, der Kernpunkt der ganzen Frage liegt. Der Engländer ist gewöhnt, sich und seine Sache sehr selbstbewußt und rücksichtslos durchzusetzen, aber niemand ist auch so bereit, fremdes Recht zu achten, wenn es mit gleicher Entschiedenheit und Sachlichkeit vertreten wird. Dagegen verständigt er sich nicht mit einem Widersacher, der sich einschüchtern läßt. Es ist eine ganz falsche Taktik, die Bereitwilligkeit zur Verständigung mit England übermäßig zu betonen, wo dies in der Vorstellung der Engländer nur durch Zugeständnisse geschehen kann, die mit unsern Interessen und unsrer Würde schlechterdings unvereinbar sind. Solange das so ist und unsre Regierung innerhalb ihrer gesetzlich festgelegten Verpflichtungen bleibt, sollte alles unterlassen werden, was im Auslande so aussehen könnte, als ob das deutsche Volk nicht hinter seiner Regierung stände. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Seite der Sache auch von Blättern, die nach ihrem Ansehen und ihrer politischen Stellung ein größeres Gewicht ihrer Meinung beanspruchen können und dementsprechend eine größere Verantwortung tragen, anscheinend nicht so sehr beachtet worden ist. Denn es kommt ja nicht bloß darauf an, daß etwas sachlich Einwandfreies gesagt wird, sondern auch auf die Form, in der es gesagt wird, und die Umstände, unter denen es geschieht. Den englischen Veranstaltern der Umfrage kann von ihrem Standpunkt aus kein Vorwurf gemacht werden; im Gegenteil, man kann nur anerkennen, daß sie durch richtige Einschätzung ihrer Adressaten für ihre vaterländische Sache einen Erfolg erreicht haben. Indem sie den auf englischer Seite bestehenden Irrtümern und Vorurteilen auf eine scheinbar unwiderlegliche Weise — nämlich durch Vorführung der angeblichen öffentlichen Meinung Deutschlands selbst — neue Nahrung zuführen, fördern sie ihre nationalen Zwecke. Die Verständigung zwischen Deutschland und England wird natürlich gerade dadurch erschwert. Um so beschämender ist die Haltung des Teils unsrer Presse, der sich dazu hergegeben hat.

Neuerdings ist von einer Annäherung der Türkei an den Dreibund die Rede gewesen. Man wird gut tun, die Frage, ob die Türkei einen festeren Anschluß an bestimmte andre Mächte suchen soll und wird, vorläufig noch ganz auf sich beruhen zu lassen. Wir freuen uns, wenn die Türkei ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland als ein Bedürfnis empfindet, und beabsichtigen auch unsererseits diese Freundschaft zu erwidern. Dagegen glauben wir für die nächst

absehbare Zeit nicht, daß es im Interesse der Türkei sein könnte, zu einzelnen europäischen Mächten in besondere Beziehungen zu treten, die sie andern Mächten leicht entfremden könnten und wahrscheinlich entfremden würden. Es würde aber auch unsern Interessen nicht zum Segen dienen, wenn die Türkei Verpflichtungen einginge, die in ihrer gegenwärtigen Lage nicht durch ihren eignen dauernden Vorteil geboten oder empfehlenswert erscheinen. Da können Rückschläge eintreten, die vermieden werden, wenn die Türkei zu allen Mächten freundschaftliche Beziehungen zu erhalten sucht.

Das Verhalten der badischen Sozialdemokraten, die gegen das Parteigebot den Frevel begangen haben, für das Budget zu stimmen, ist in der letzten, sonst ereignisarmen Woche allgemein Gegenstand zahlreicher Erörterungen geworden. Neues ist aber dabei eigentlich nicht zutage gefördert worden. Die süddeutsche Sozialdemokratie ist von jeher das Schmerzenskind der in dem weniger gemüthlichen Norden wurzelnden Parteileitung gewesen. Wer dem Vorgang eine tiefere Bedeutung zuerkennen möchte, müßte eigentlich den Beweis liefern oder es wenigstens wahrscheinlich machen, daß diese Vorgänge weniger in der Verschiedenheit norddeutscher und süddeutscher Art als in besondern Momenten der allgemeinen Entwicklung ihre Erklärung finden. Dann könnte man darauf vielleicht die Annahme einer bevorstehenden Spaltung oder Mauferung der Sozialdemokratie gründen. Aber ein Nachweis jener Art dürfte schwer, wenn nicht unmöglich sein. Deshalb glauben wir voraussetzen zu können, wie es kommen wird. Auf dem nächsten Parteitag wird nach heftigen, vielleicht aber auch weniger heftigen Auseinandersetzungen den badischen „Genossen“ die Mißbilligung der Partei ausgesprochen werden, die Parteileitung wird bei dem alten Schema bleiben, und die gemäßigten „Genossen“, wie überhaupt die süddeutschen Sozialdemokraten werden es nach wie vor halten, wie sie es immer gehalten haben, d. h. sie werden machen, was sie wollen. Und dann wird halt alles beim alten bleiben. Lohnt es, davon überhaupt noch viel zu sprechen?

Der Gedanke, Elsaß und Lothringen sollten preussische Provinzen werden, hat doch mehr Freunde, als wie es die Nationalliberalen und Ultramontanen wahr haben wollen. Wir veröffentlichen daher heute eine Zuschrift aus Hessen und weisen wiederholt auf die beiden Artikel in Heft 17 und 26 der „Grenzboten“ hin; beide Artikel sind von gründlichen Kennern der Verhältnisse in den Reichslanden geschrieben. In der neuen Zuschrift heißt es wörtlich:

Die reichsländischen Verhältnisse, die jetzt in den Vordergrund gerückt sind, verlangen gründliche Abänderung der bestehenden Zustände. Die Bevölkerung hat ein Recht, Beseitigung des jetzigen Provisoriums zu verlangen, das ein Einleben in die neuen Verhältnisse so sehr erschwerte. Sie kann jedoch meines Erachtens nicht erwarten, dies durch Einrichtung eines neuen, mit den übrigen gleichberechtigten Bundesstaates gewährt zu sehen; denn für diesen fehlt jede Garantie, die das Reich verlangen muß. — Nach nahezu vierzigjähriger deutscher Herrschaft steht die Bevölkerung noch deutschem Wesen ablehnend, wenn nicht feindselig gegenüber. Wer daran noch zweifelt, möge nur die Verhandlungen des „Landesausschusses“ verfolgen und die Sprache, die in ihm geredet wird. Es geht nicht an, dieser Volksvertretung Wohl und Wehe der größtenteils altdeutschen Beamenschaft anzuvertrauen, ebensowenig wie ihr die Schulen überliefert werden dürfen.

Im Interesse des Reichs liegt es vollends nicht, daß ein neuer Bundesstaat eingerichtet wird. Das Reich hat schon jetzt so viele partikularistische Unterströmungen zu überwinden, daß eine Vermehrung derselben — und der Elsäßer hat eine kräftig entwickelte Eigenart — unter allen Umständen vermieden werden

muß. Es bleibt also nichts anderes übrig als die Annexion der Reichslande durch Preußen.

Diese würde wohl großen Schwierigkeiten begegnen, allein sie zu überwinden dürfte bei ernstlichem Willen wohl möglich sein. Die zu befürchtende Mißstimmung bei dem Bundesstaate wäre wohl in erster Linie anzuführen; alle Stämme haben bei der Eroberung der Reichslande mitgeholfen, folglich auch ein Mitbestimmungsrecht. Bei ruhiger Überlegung müssen sich die Bundesstaaten indessen sagen, daß sie bei der Annexion kaum eines Rechts entsagen. Preußen übt im Bundesrat naturgemäß schon jetzt den größten Einfluß auf die reichsländischen Verhältnisse aus und es ist nicht zu erwarten, daß der Kaiser auf die ihm zustehenden landesherrlichen Befugnisse für das Reichsland verzichten wird. Eine Verstimmung würde indessen ganz vermieden, wenn Preußen für den Anfall der beiden Provinzen eine gleichwertige Gegenleistung aufbringen würde. Dies kann Preußen, indem es seine Staatsbahnen an das Reich abtritt.

Für das Reich wäre dies ein ungeheurer Gewinn, es bekäme ein finanzielles Rückgrat und brauchte nicht immer mit dem Klingelbeutel bei den Bundesstaaten herumzugehen, wozu es trotz Finanzreform bald wieder gezwungen sein wird. Die Bundesstaaten würden hierdurch eine große Entlastung erfahren, und die Befriedigung hierüber würde die Verstimmung über den Landzuwachs Preußens überwiegen, namentlich wenn an den Stimmenverhältnissen im Bundesrat nichts verändert würde.

In Preußen selbst würde die Abtretung seines großartig entwickelten Staatsbahnnetzes wohl vielfach schmerzlich empfunden werden. Allein es ist doch zu erwarten, daß der Reichsgebante hier siegen würde. Preußen hat dem Reiche schon seine Flotte und seine Post als Morgengabe gebracht, und der Gedanke, ebenso wie seinerzeit die Rheinprovinz die Reichslande deutschem Wesen zurückzugewinnen, müßte den Verzicht auf die Bahnen annehmbar machen, zumal als Ersatz ein blühendes Land mit wenig Staatsschulden und bedeutender Steuerkraft geboten wird.

Noch ein weiterer Gedanke redet vorstehendem Plane das Wort. Auf keinem Gebiet des öffentlichen Lebens wird der Mangel an Einheit so empfunden wie auf dem Felde des Eisenbahnwesens. Im Besitze der preussischen und reichsländischen Eisenbahnen würde es dem Reiche gelingen, den alten Bismarckschen Plan, die Bahnen in einer Hand zu vereinigen, zu verwirklichen. Die meisten kleineren Staaten laborieren mit ihren Bahnen und würden wohl sich bereit finden lassen, sie dem Reiche käuflich oder in Form von Betriebsgemeinschaften zur Verwaltung zu überlassen.

Bayern würde hierbei wohl höchstens mit seinen pfälzischen Bahnen in Frage kommen. Es bietet sich jetzt eine Gelegenheit, das Reichseisenbahn-Projekt zu verwirklichen, bevor den Reichslanden weitere Konzessionen gemacht werden. Wird diese versäumt, so dürfte wohl für alle Zeiten das Bismarcksche Projekt unausführbar bleiben.

In den Reichslanden selbst dürften meine Vorschläge wohl kaum Zustimmung finden, obwohl die Angliederung an einen großen Staat dem Lande große Vorteile bringen würde, wie dies hier schon früher erörtert wurde. Der Widerstand dürfte indessen nicht tragischer genommen werden als die Enttäuschungen, die die jetzt im Bundesrat vorliegenden Entwürfe allem Anscheine nach später bereiten werden. Wie kein anderer Großstaat läßt Preußen seinen einzelnen Volksstämmen Freiheit, ihre „berechtigten Eigentümlichkeiten“ zu wahren, und tastet sie nur an, wenn es im Interesse des Ganzen geboten ist. Mit dem Werben um die Gunst der

„Notabeln“ müßte endgültig gebrochen werden, es ist eines großen Volkes unwürdig und hat dem Deutschland schon viel geschadet. Die tüchtigsten Beamten, die sich am besten aus dem Westen rekrutieren sollten, da dort ähnliche soziale Verhältnisse wie in den Reichslanden sind, sollte man dorthin schicken, statt des Statthalters zwei Oberpräsidenten.

Lothringen könnte man vielleicht noch den Regierungsbezirk Trier angliedern, damit das französische Element dort nicht zu sehr dominiert. „Ebenso wie die Erwerbungen von 1815 und 1866 würden nach Schaffung definitiver Zustände sich die Reichslande dem Ganzen einfügen, man muß nur Geduld haben!“

Vorstehende Ausführungen wären wohl einer ernstlichen Erwägung aller Vaterlandsfreunde wert, wenn sie bedenken wollten, was sich auf verhältnismäßig kurzem Wege alles erreichen läßt: Schaffung definitiver Zustände an der Westgrenze, Förderung des Reichsgedankens und der finanziellen Selbständigkeit des Reiches, Verwirklichung des Reichseisenbahn-Projekts.

Dies alles würde in greifbare Nähe gerückt, wenn die verbündeten Regierungen und der Reichstag sich von dem Gedanken leiten lassen wollten: „Das Vaterland über alles!“

M. S.

Hat Jesus das Papsttum gestiftet? Eine gute Ergänzung zu der in Heft 26 besprochenen Untersuchung von Hugo Koch bietet das soeben erschienene Schriftchen: „Hat Jesus das Papsttum gestiftet?“ von dem Münchener Dogmenhistoriker Professor Joseph Schnitzer (Verlag von Lampart u. Co. in Augsburg, 79 S.; f. a. „Das neue Jahrhundert“, 2. Jahrg. Nr. 9 und 10), dessen freimütiger Protest gegen die Modernistenzyklika noch in guter Erinnerung ist. Es gibt in gewandter und gemeinverständlicher Darstellung einen Bericht über die Ergebnisse des alten Streites um die Worte Jesu bei Matthäus 16, 18 f.: „Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen. Und ich will dir des Himmelreichs Schlüssel geben: alles, was du binden wirst auf Erden, soll auch im Himmel gebunden sein, und alles, was du lösen wirst auf Erden, soll auch im Himmel los sein.“ Diese Worte des Herrn haben bekanntlich in den übrigen Evangelien in gleichem Zusammenhange keine Parallele, und in der Literatur der beiden ersten Jahrhunderte klingt von so gewichtiger Verheißung nicht nur nichts wider, sondern die beglaubigte Geschichte dieser Zeit steht sogar zu ihr im Gegensatz. Deshalb hat die moderne Kritik jene Herrenworte mit einem Fragezeichen versehen müssen.

Schnitzer beginnt mit einem Überblick über die Literatur der Leben-Jesu-Forschung und der „synoptischen Frage“, d. h. der Frage, ob das Matthäus- oder das Markusevangelium das erste und älteste sei. Er selbst schließt sich nachher (im dritten Teile) der „Markushypothese“ an, die sich seit H. Z. Holzmann (1863) immer allgemeinere Anerkennung erzwungen hat und Gemeingut der kritischen Theologie geworden ist.

Dann zeigt er, daß die Anschauungen Jesu durchaus antihierarchisch waren. Jesus rechnete mit dem nahen Ende und der Weltkatastrophe und mit seiner eigenen Ankunft, um die messianische Herrschaft aufzurichten. Nicht in ungezählte ferne Jahrhunderte schweifte sein Blick, sondern er war begrenzt vom engen Horizont des bald hereinbrechenden Weltunterganges. Zudem war sein öffentliches Leben und Wirken ein einziger Protest gegen die Heuchelei und Annäherung einer sitten, selbstigerechten, hochmütigen Priester- und Theologenfaste. Er kann keine neue haben schaffen wollen. Unermüdlich drang er auf Berinnerlichung, Vertiefung, Vereinfachung des religiösen Lebens und stellte allem menschlichen Gewissenszwang

die unverbrüchlichen Gebote Gottes entgegen. Und er hätte neue Außerlichkeiten und Menschenfagenungen einführen sollen? „Das eine Große, Letzte und Höchste hatte er immer verkündet, die Liebe zu Gott und zum Nächsten; mit zärtlicher Hirtenforge hatte er die irrende Seele ihrem Gotte, das pflichtvergeffene Kind seinem Vater ans erbarmende Herz gelegt: und er hätte die Seele und Gott neuerdings auseinander reißen und ein Heer anspruchsvoller Mittelpersonen zwischen sie drängen sollen? Zu Söhnen Gottes hatte er seine Lieblinge geadelt und er hätte sie zu Pfaffenknechten erniedrigen sollen?“ Selbst wenn er also eine neue Religionsgesellschaft hätte stiften wollen, so hätte er ihr doch seiner ganzen Richtung nach keine hierarchische Verfassung geben können.

Der dritte Teil stellt die Stiftungsfrage in das Licht der Evangelienkritik. Es gehört für Schnitzer zu den gesicherteren und unumstößlichsten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung eines ganzen Jahrhunderts, daß Matthäus in jeder Beziehung von Markus abhängig ist. Und da eine andere historische Quelle, aus der er seine geschichtlichen Angaben geschöpft haben könnte, nicht vorhanden ist, so muß alles, was er über Markus hinaus zu erzählen weiß, von vornherein dem stärksten Zweifel begegnen. Demnach ist auch die Stelle 16, 18 f. unglaubwürdig und späterer Einschaltung verdächtig. Dem Matthäusevangelium ist überhaupt spätere Legendenbildung eigen, und es kennt auch bereits eine Kirche und eine Kirchendisziplin, von der Markus und selbst Lukas noch nichts wissen. Gerade die Epifoden über Petrus, für den Matthäus eine besondere Vorliebe hat, gehören auch zu dem sonst nicht verbürgten und daher wenig glaubwürdigen Sondergute dieses Evangeliums. Schon das christliche Altertum hat sich endlich darüber seine Gedanken gemacht, daß Markus, der Dolmetsch und Begleiter des Petrus, von der Sache nichts weiß.

Die andern Stellen, auf die sich die göttliche Einsetzung des päpstlichen Primats zurückführt, werden mit Unrecht dafür ausgenutzt, Luk. 22, 32 erst seit dem fünften Jahrhundert. Es ist dort, wie Schnitzer zeigt, nicht vom „Glauben“ die Rede, sondern von der „Treue“ (πίστις): Petrus wird sich, nachdem er den Herrn verraten, von seinem Falle erheben und dann auch die verzagten Brüder stärken. Ebenso wenig kann Joh. 21, 15 ff. hierarchisch gedeutet werden. Zudem ist die Stelle (das Schlußkapitel) wahrscheinlich ein späterer Nachtrag von anderer Hand und wird ebenfalls erst seit Papst Gelasius I. (492 bis 496) für die römischen Ansprüche verwertet.

Am interessantesten und wertvollsten ist der vierte Abschnitt: die Stiftungsfrage im Lichte der ältesten Kirchengeschichte. Eine „Kirche“ mit Vorgesetzten und Untergebenen, Priestern und Laien gab es in der ältesten Zeit überhaupt nicht. Auch nachdem sich die Jünger Jesu von der Synagoge abgetrennt hatten, fühlten sie sich als gleichberechtigte Brüder und Schüler ihres Meisters. Von einem Amtsvorrang Petri kann keine Rede sein. Die Schriften der ältesten Zeit haben keine Spur davon. Nur durch seine persönlichen Eigenschaften und seine nahe Beziehung zu Jesus spielt er eine besondere Rolle. Selbst wenn er in Rom gewesen ist und die christliche Gemeinde dort gegründet hat, so war er doch auf keinen Fall römischer Bischof. Noch um 140 wird von den Ältesten-Vorstehern (in der Mehrzahl!) der römischen Kirche geschrieben. Als erster Einzelbischof erscheint Anicet 155 bis 166. Ignatius von Antiochia in den ersten Jahrzehnten des zweiten Jahrhunderts und Irenäus von Lyon (um 180) schreiben zwar der Kirche von Rom einen besonderen Vorrang zu, aber es ist ein moralischer, kein rechtlicher: der Charakter Roms als Welthauptstadt wird von ihnen besonders betont. Nicht dem römischen Bischof als Nachfolger Petri, sondern der römischen Gemeinde als Pflanzung der beiden

Apostelfürsten spricht Irenäus einen „ganz besonderen Vorrang“ zu. Petrus ist ihm zufolge nicht Bischof, sondern Stifter der römischen Kirche, aber auch dies nur in Gemeinschaft mit Paulus. Die Verse Matth. 16, 18, 19 kennt Irenäus noch nicht, er springt beim Zitieren von 17 auf 20. Die erste außerkanonische Spur von V. 17 findet sich bei Justinus um 155, 18 und 19 sind ihm fremd. Sogar bei Klemens von Alexandrien (um 210) findet sich von den beiden Versen noch keine Spur. Erst unter Viktor und Zephyrin, die von 189 bis 198 und 198 bis 217 an der Spitze der römischen Kirche standen, begannen sich die Vorstellungen über die älteste Geschichte und die Anfänge des Episkopats von Rom umzubilden. Bis dahin hatte man immer daran festgehalten, daß Petrus und Paulus gleichmäßig an der Entstehung der römischen Christengemeinde beteiligt gewesen seien. Die älteste römische Bischofsliste und Irenäus nennen nicht Petrus, sondern Linus als ersten Bischof. Nun verschoben sich die Vorstellungen dahin, daß man nicht nur Petrus als ersten Bischof feierte, sondern ihm sogar fünfundzwanzig Bischofsjahre beilegte. Kallistus (217 bis 222) ist der erste, der sich als Nachfolger Petri ansah und die Herrenworte vom Felsenmanne Petrus und von seiner Binde- und Lösegewalt für sich in Anspruch nahm. Gleichzeitig tauchten die pseudo-klementinischen Schriften auf, mit der Erzählung, daß Petrus vor seinem Ende dem Klemens die apostolische Kathedra und die Vollmacht, zu binden und zu lösen, übertragen habe.

Damit betrachtet Schnizer die Frage nach Ort und Zeit der Einschaltung von Matth. 16, 18 f. als erledigt und glaubt, nicht fehlzugehen, wenn er ihre Wiege da sucht, wo sie am willkommensten war, in Rom. Als Zeit ihrer Entstehung ergeben sich aus dem Gesagten die Jahre 180 bis 200. Der Text von V. 18 war aber noch bis tief ins vierte Jahrhundert hinein schwankend.

Daß man damals den evangelischen Text mit für uns unbegreiflicher Freiheit behandelte und für dogmatische Zwecke absichtliche Änderungen vornahm, dafür gibt es auch noch einige andere Beispiele. Kritische Bedenken kannte die gedankenlos leichtgläubige Zeit nicht, und die Auszeichnung eines Apostels, der ihrer Meinung nach überhaupt nicht genug ausgezeichnet werden konnte, mußte sie ganz in der Ordnung finden. Von der Tragweite der neuen Verse hatte man ebensovwenig eine Ahnung. Tertullian, der sie zuerst zitiert, faßt sie als ein dem Petrus persönlich verliehenes, unererbliches und unübertragbares Privileg auf. Von einem Primat Roms weiß er nichts und noch weniger denkt er an die Unfehlbarkeit, da er den Heiligen Geist nur in der Kirche, nicht in den kirchlichen Amtsträgern walten läßt. Origenes redet (nach 244) eingehend über die Matthäusstelle, läßt aber noch keinen Rangunterschied zwischen Petrus und den übrigen Aposteln gelten. Von Cyprian hat Koch (vgl. Heft 26) dasselbe nachgewiesen. Aber inzwischen hatte der Primatsgedanke schon einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht, und Cyprian selbst macht ihm gewisse Konzessionen. Underthalb Jahrhunderte später endete der Streit zwischen Episkopat und Primat mit dem vollen Siege Roms. „Die Stelle Matth. 16, 17 ff. leistete Rom unschätzbare Dienste, ja sie verschaffte ihm den Sieg. Und doch hat nicht sie das Papsttum geschaffen, sondern das Papsttum sie.“

£.

Volkswirtschaft des westbairischen Sibiriens. Von D. Gobel, Handelsfachverständiger bei dem Kaiserlich Deutschen Generalkonsulat in St. Petersburg. Herausgegeben vom Reichsamte des Innern, mit vier Karten. Verlagsbuchhandlung Paul Parey, Berlin 1910.

Man beachte: das Werk ist im Jahre 1910 erschienen, geschrieben wurde es vor drei Jahren und die Studienreisen Goebels, die das Material zu der Arbeit schaffen sollten, liegen fast vier Jahre zurück!

Die Schuld an dem späten Erscheinen liegt indessen nicht beim Autor, sondern entweder bei der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes oder beim Reichsamt des Innern. Ein sachlich verständlicher Grund für die Zurückhaltung des Werkes ist mir nicht bekannt. Das Institut der Handelsfachverständigen ist begründet worden, um unseren Exporthandel, unsere Industrie und unsere Landwirtschaft über die Vorgänge im Wirtschaftsleben der sie interessierenden Länder eingehend und schnell zu unterrichten. Der vorliegende Reisebericht war nach seiner Fertigstellung um so interessanter, als Goebel die frischen Veränderungen konstatieren konnte, die der Russisch-Japanische Krieg für Sibirien mit sich gebracht hat. Daß die Veränderungen außerordentlich einschneidend waren, geht allein aus der Tatsache hervor, daß durch die Transporte für die russische Armee in den sibirischen Orten etwa 60 Millionen Rubel haften geblieben sind. Diese Befruchtung mit Kapital konnte für unseren Exporthandel nicht belanglos sein. Goebel zeigt u. a. in seinem Werk in durchaus zuverlässiger Weise, wo das Geld im Speziellen hingekommen war, wo also der deutsche Handel angreifen mußte, um davon zu profitieren. Es lag also nicht nur kein Grund vor, das Werk im Archiv liegen zu lassen, sondern im Gegenteil, es gab wichtige Gründe, seine Veröffentlichung nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Betrachten wir uns das Goebelsche Werk heute, so müssen wir leider feststellen, daß die zahlreichen Fingerzeige, die es gibt, nunmehr größtenteils veraltet sind, und daß infolgedessen der Zweck der Arbeit in keiner Weise erfüllt wurde. Ich unterstreiche: die Schuld trifft nicht Goebel. Es ist darum vielleicht eine dankbare Aufgabe für Mitglieder der Budgetkommission des Reichtags, bei nächster Gelegenheit den Herren Referenten auf den Zahn zu fühlen. Der Bericht Goebels kostet nämlich dem Steuerzahler rund 30000 Mark an Gehalt und Reisekosten für den Sachverständigen sowie Druckkosten. Diese 30000 Mark sind auf die Straße geworfen. G. U.

Der wirtschaftliche Fortschritt. Da alles Wirtschaften die Bedürfnisbefriedigung zum Zwecke hat, ist als wirtschaftlicher Fortschritt jede Änderung anzuerkennen, welche bewirkt, daß unsre Bedürfnisse reichlicher, leichter, rascher und sicherer befriedigt werden. Die Untersuchung dieser Veränderungen hat sich Waldemar Mitscherlich, Professor der Staatswissenschaften an der Königlichen Akademie zu Posen, zur Aufgabe gemacht, und die Ergebnisse veröffentlicht er in dem ebenso anziehenden wie nützlichen Buche: „Der wirtschaftliche Fortschritt, sein Verlauf und Wesen“ (Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1910). Nach einer methodologischen Einleitung, die beweisen soll, daß das Problem nicht wirtschaftsgeschichtlich, sondern nur in systematischer Darstellung gelöst werden könne, wird dennoch die Wirtschaftsgeschichte von der Höhe des Mittelalters bis zur neuesten Zeit erzählt, und es wird besonders sehr schön gezeigt, wie der Handel die isolierten Stadtwirtschaften aufgelöst, der Staat sich diese vordem selbständigen Wirtschaftsgemeinschaften eingegliedert und so die Volks- oder Nationalwirtschaft geschaffen hat. Ohne diese geschichtliche Grundlage könnte man den dritten, systematischen Teil, der ja allerdings eine sehr wünschenswerte Ergänzung, vielleicht darf man sagen, nach einer Seite hin eine Vollendung der nationalökonomischen Wissenschaft bedeutet, gar nicht verstehen. Es wird darin zunächst die Meinung zurückgewiesen, daß die Hungerpeitsche der Hauptantrieb zum wirtschaftlichen Fortschritt sei; die Wirkung des Hungers beschränkt

sich darauf, daß der Anblick des Glends Männer, die nicht zu den Hungernden gehören, anregt, auf wirtschaftliche Reformen zu sinnen. Der wirtschaftliche Fortschritt geht gleich jedem andern Fortschritt von genialen Menschen aus, deren Wirken nach und nach die trägen, widerstrebenden Massen ergreift und in Bewegung setzt. Und diese Bewegung bleibt niemals einseitig auf einen einzelnen Zweig der wirtschaftlichen Tätigkeit beschränkt; wenn auch bald dieser, bald jener Produktionszweig voraneilt, die übrigen kommen mit der Zeit nach. „Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist es z. B. nicht zulässig, im achtzehnten Jahrhundert in Frankreich (in der Zeit der physiokratischen Gegenströmung gegen den Merkantilismus) von einer agrarischen Reaktion zu reden. Man hatte es damals nicht mit irgendeiner wirtschaftlichen Reaktion, sondern mit einem eminenten ökonomischen Fortschritt zu tun. Das Bild jener Jahre war: relativer gewerblicher und händlerischer Stillstand und agrarische Entwicklung. Die relative Stagnation auf jenen Gebieten war indessen kein Zeichen von irgendwelcher Unfähigkeit, sondern nur ein Symptom für eine augenblickliche Entwicklungsummöglichkeit des Handels und der gewerblichen Produktion, bevor nicht die Landwirtschaft als letztes Glied des Wirtschaftskörpers den für Handel und Gewerbe unbedingt notwendigen Schritt nach vorwärts getan hatte.“ (Womit ohne Zweifel gemeint ist, daß die Landwirtschaft mehr Nahrungsmittel liefern und die landwirtschaftliche Bevölkerung kaufkräftiger gemacht werden mußte, ehe Industrie und Handel mehr Menschen beschäftigen und mehr Waren absetzen konnten.) Der von innen heraus, seinen jeweiligen Trägern unbewußt, drängende Fortschritt (der also hier als eine dem Menschengeschlecht eingepflanzte Triebkraft erscheint) bedient sich dreier Mittel. Das erste ist die Anerkennung von Bedürfnissen, eine Funktion, die gewöhnlich der Handel übernimmt. Sie hat zur Voraussetzung einerseits die Herausreibung des Individuums aus der Autarkie der alle Bedürfnisse befriedigenden isolierten Hauswirtschaft und die Herstellung eines Gewebes von Abhängigkeitsverhältnissen, die jeden als Produzenten und Konsumenten mit vielen andern Produzenten und Konsumenten verknüpfen, andererseits die Tätigkeit von Individuen, die den übrigen wirtschaftlich überlegen sind, d. h. mit geringerm Kräfteaufwand größere wirtschaftliche Erfolge erzielen. Das zweite Mittel ist die Organisation (Zünfte, Handelsgesellschaften usw.), die mehr leistet als der einzelne. Das dritte ist die Verschiebung der Bevölkerung, die, mag es sich um Einwanderung in Gebiete höherer Kultur (z. B. der Bauern in die Stadt) oder niederer Kultur (Kolonisation) handeln, jedenfalls Menschen in den Strom des Fortschritts hineinreißt, die bis dahin nicht von ihm ergriffen waren. Seitdem die Nationalwirtschaften vollendet sind, hat die zu weiterem Fortschritt treibende Konkurrenz zwischen ihnen u. a. die Wirkung, daß sie zwischen Absperrung durch Schutzzölle und Freihandel hin und her pendeln; diesem neigen sie bei ungefähigem Gleichgewicht ihrer wirtschaftlichen Kräfte zu; jede Überlegenheit eines Staates zwingt den andern zur Errichtung von Schutzwällen, hinter denen er sich zu stärken strebt, bis er den Konkurrenten eingeholt hat. Trotz heftigem Aufblähen des Nationalismus in unsern Tagen kündigt sich die allmähliche Auflösung der Nationalwirtschaft und der Übergang zu einer höheren Stufe an. (Grade diese Aussicht ist es, was die nationalen Kämpfe auch im wirtschaftlichen Gebiete so leidenschaftlich macht.) Die Mächte, die der drohenden Auflösung den kräftigsten Widerstand entgegensetzen, sind die Landwirtschaft und der Staat. „So scheint es, als ob eine ferne Zukunft doch die Verwirklichung von Adam Smiths Ideal — eines freien Wirtschaftsverkehrs auch zwischen den einzelnen Nationen — herbeiführen soll.“ Unserm Handel wirft der Verfasser planlose und wegen der durch den Export geschaffenen ungeheuer langen Verteidigungslinie bedenkliche Ausdehnung vor; auf

die wirtschaftliche, nicht politische Angliederung naheliegender Gebiete, die gradezu auf uns angewiesen sind, habe man kurzfristig verzichtet.

Carl Jentsch

Eine Droysenbiographie. Es ist Gustav Droysen, dem verstorbenen Hallenser Historiker, nicht vergönnt gewesen, das Leben seines Vaters zu Ende zu schreiben. Nur der erste Band liegt vor, aus seinem Nachlaß von E. Hübner herausgegeben. (Johann Gustav Droysen, I., bei Teubner 1910.) Im Jahre 1848 bricht die Darstellung ab, unmittelbar vor Droysens Eintritt in die Paulskirche. Die Politik war ja, anders als heute, ein wesentlicher Inhalt dieses Gelehrtenlebens. In seiner ganzen Fülle ausgebreitet, bietet es des Interessanten genug. Da ist die Berliner Universität von 1826 mit Boeckh, Ritter, Ranke und Hegel. Boeckh und Hegel wirken am meisten auf den jungen Droysen; Ranke bietet ihm nichts. Dem Studenten öffnet sich das Mendelssohnsche Haus; Felix wird sein Herzensfreund und komponiert seine Gelegenheitsgedichte. Der hart mit des Lebens Notdurft Ringende zeigt eine erstaunliche Produktivität. Die Alexanderbiographie und die Darstellung des Hellenismus sind die dauernden Großtaten seiner wissenschaftlichen Jugend. In seinen Briefen sehen wir sie entstehen, wachsen und der Vollendung entgegenreifen. Prinzipielle Fragen werden dabei erörtert, die noch heute den Historiker bewegen: Freiheit und Notwendigkeit im geschichtlichen Geschehen, Nutzen und beschränkter Wert der Quellenforschung. Trotz ihrer modernen Verfeinerung „ist die Nichtigkeit der zu erzählenden Fakta stets prekär“, und wenn unsere historischen Handwerker eine Geschichtschreibung schon für entbehrlich halten, ist ihnen mit Droysen zu entgegenen: „Man braucht einen höheren Gesichtspunkt als das Kritizieren der Quellen.“ Nicht aus ihnen hat Droysen herausgelesen, daß die „entartete“ Freiheit Griechenlands den Untergang, den ihr Philipp und Alexander bereiteten, verdiente, sondern sein politischer Verstand sagte ihm dies, derselbe, der ihm zur Kennzeichnung des entgegengesetzten Standpunktes den schlagenden Vergleich eingab: „Es ist, als wollte man sich gegen Friedrich den Großen für das Heilige Römische Reich in alter Form interessieren.“

Der Politiker, der sich hier schon in dem Historiker regt, wird frei infolge der Übersiedlung nach Kiel. (1840.) Mit der Darstellung der Kieler Zeit verändert sich der Charakter des Buches. Es wächst hinaus über die Gelehrtenbiographie. Droysen nimmt führenden Anteil an der schleswig-holsteinischen Bewegung. Ein erhebendes Schauspiel, wie er nun die Macht seiner hinreißenden Rede, die Behendigkeit seiner im publizistischen Streit stets hieb- und stichbereiten Feder in den Dienst der großen Aufgabe stellt, diesen fast verlorenen Außenposten dem Deutschtum zu erhalten. Er hegt die Schleswig-Holsteiner aus ihrem „verzweifelten Provinzialismus“ heraus und bewirkt an seinem Teil eine Politisierung der Gesellschaft. Für diese Forderung des Tages können wir von ihm lernen. Er erfüllt sie, weil die Sorge um das staatliche Schicksal unseres Volkes ihm mit verzehrender Glut in der Seele brennt. Solche Gesinnung tut uns not. Wenn sie wieder bei uns heimisch wird, werden wir auch wieder politische Männer haben; solange sie fehlt, bleibt alle staatsbürgerliche Erziehung totes Wissen.

Jul. Heyderhoff

